

The SPD logo consists of the letters 'SPD' in a bold, white, sans-serif font, centered within a solid red square. The background of the entire page is a light yellow gradient with a faint, stylized silhouette of the Berlin skyline, including the Brandenburg Gate and the Fernsehturm tower, in a darker yellow color.

SPD

ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG 2011

*EINLADUNG UND
INFORMATION*

4. - 6. DEZEMBER 2011, STATION-Berlin

www.spd.de

INHALTS- VERZEICHNIS

- 01** **HERZLICH WILLKOMMEN ZUM
BUNDESPARTEITAG 2011**
- 02** **POLITIK UND GESELLSCHAFT GESTALTEN**
SIGMAR GABRIEL UND ANDREA NAHLES
- 03|17** **DIE LEITTHEMEN DES BUNDESPARTEITAGES**  **03-03** **GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER
EUROPA**
- 18|19** **VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG** **04-05** **MEHR DEMOKRATIE LEBEN**
DEMOKRATIE
- 20** **DAS RAHMENPROGRAMM** **06-07** **DIE MODERNSTE PARTEI EUROPAS WERDEN**
ORGANISATIONSPOLITISCHES
GRUNDSATZPROGRAMM
- 20|21** **INFORMATIONEN ZUR ANMELDUNG,
ANREISE UND ZUM TAGUNGSPORT** **08-09** **FAMILIENLAND DEUTSCHLAND**
KINDER UND FAMILIE
- 10-11** **MEHR INVESTIEREN UND BESSER FÖRDERN –
GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE**
BILDUNG UND INTEGRATION
- 12-13** **DEN WERT DER ARBEIT UND DIE LEBENS-
QUALITÄT IM ALTER ERHÖHEN**
ARBEIT UND ALTERSSICHERUNG
- 14-15** **SCHULDENABBAU, INVESTITION IN BILDUNG
UND SOZIALER ZUSAMMENHALT**
WIRTSCHAFT UND FINANZEN
- 16-17** **SOLIDARISCH, GERECHT UND
LEISTUNGSFÄHIG**
GESUNDHEIT UND PFLEGE



EINLADUNG ZUM BUNDES- PARTEITAG DER SPD 2011



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

wir laden Sie und Euch herzlich ein zum Ordentlichen Bundesparteitag 2011 vom 4. bis 6. Dezember in der STATION-Berlin.

Zwei Jahre nach dem Dresdner Parteitag und zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl wollen wir wichtige Weichen stellen: für die Sozialdemokratie, für unser Land und für alle Menschen, die hier leben und arbeiten.

Die andauernde Finanzkrise prägt diese Zeit. Wir wollen mit dem Parteitag 2011 deshalb vor allem deutlich machen: Die SPD steht für den Primat der Politik. Sie ist der Garant für soziale und demokratische Politik in Deutschland. Die Lebensbedingungen von Menschen, Gesellschaften und Staaten sind gestaltbar, wenn Politik mutig, entschlossen und zukunftsorientiert handelt. Wir sind dazu bereit und haben dafür Vorschläge in den zentralen Politikfeldern erarbeitet. Sie sind Bestandteil dieses Einladungsheftes.

Mit dem Dresdner Parteitag haben wir nach der Wahl Niederlage 2009 einen Prozess der Aufarbeitung und Erneuerung begonnen. Wir haben intensiv untereinander und mit gesellschaftlichen Interessengruppen und vielen Einzelpersonen diskutiert. Dabei haben wir viele neue Erkenntnisse und Erfahrungen gemacht. Wir haben uns inhaltlich und thematisch neu aufgestellt. Mit Freude und Zufriedenheit blicken wir dabei auf die Wahlen in diesem Jahr zurück. Alle Landesregierungen unter sozialdemokratischer Führung oder mit sozialdemokratischer Beteiligung sind von den Wählerinnen und Wählern bestätigt worden, zwei Unionsministerpräsidenten wurden abgelöst. Wir sind also ein gutes Stück vorangekommen. Trotzdem bleibt noch viel zu tun, denn in zwei Jahren wollen wir wieder Regierungsverantwortung für Deutschland übernehmen und den Bundeskanzler stellen. Der Berliner Parteitag hat dafür eine zentrale Bedeutung. Wir freuen uns über Euer und Ihr Interesse und Eure und Ihre Teilnahme.

Eine besondere Ehre ist es für uns, dass vor Beginn des Parteitages unser Altkanzler Helmut Schmidt und anschließend – nach der Eröffnung – der Vorsitzende unserer norwegischen Schwesterpartei, Ministerpräsident Jens Stoltenberg, zu den Delegierten und Gästen sprechen werden.

Ein Parteitag ist nicht nur Ort politischer Beschlüsse. Er ist auch Treffpunkt von Freunden, Wegbegleitern und Interessierten. Deshalb wünschen wir Ihnen und Euch nicht nur interessante Beratungen im Plenum, sondern auch bei allen anderen Angeboten rund um die förmliche Tagesordnung des Parteitages bewegende und persönliche Erlebnisse, die unsere Parteitags immer ausgezeichnet haben. Auch dazu finden Sie und findet Ihr weitere Informationen in dieser Einladung.

Herzlich willkommen zum Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Sigmar Gabriel
Sigmar Gabriel
Parteivorsitzender

Hannelore Kraft
Hannelore Kraft
stv. Parteivorsitzende

Olaf Scholz
Olaf Scholz
stv. Parteivorsitzender

Manuela Schwesig
Manuela Schwesig
stv. Parteivorsitzende

Klaus Wowereit
Klaus Wowereit
stv. Parteivorsitzender

Andrea Nahles
Andrea Nahles
Generalsekretärin

Barbara Hendricks
Barbara Hendricks
Schatzmeisterin

Martin Schulz
Martin Schulz
EU-Beauftragter

**POLITIK UND
GESELLSCHAFT
GESTALTEN
SIGMAR GABRIEL
UND ANDREA NAHLES**



„DIESES JAHRHUNDERT WIRD ENTWEDER EIN JAHRHUNDERT DES SOZIALEN, ÖKOLOGISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN FORTSCHRITTS, DER ALLEN MENSCHEN MEHR WOHLFAHRT, GERECHTIGKEIT UND DEMOKRATIE ERÖFFNET. ODER ES WIRD EIN JAHRHUNDERT ERBITTERTER VERTEILUNGSKÄMPFE UND ENTFESSELTER GEWALT.“

Diese vom Hamburger Programm beschriebene Alternative spitzt sich angesichts der ökologischen und wirtschaftlichen Krisen zu. Unsicherheit wächst, das Vertrauen in die Demokratie schwindet, der Glaube an den persönlichen Aufstieg aber auch an gesellschaftlichen Fortschritt nimmt ab. Dem wollen wir ein realistisches, aber ehrgeiziges Projekt des gerechten Fortschritts entgegensetzen und auf dem Parteitag konkret erklären, wie wir ihn erreichen wollen.

Fortschritt ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer ein gesellschaftlicher Fortschritt: zu mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität. Wirtschaftlicher und technischer Fortschritt sollen allen zu Gute kommen: als Befreiung von unzumutbaren Arbeitsbedingungen, als wirtschaftlicher Wohlstand für alle, als mehr Lebensqualität und wachsende soziale Sicherheit.

Wir wollen für unser Verständnis von Fortschritt und Gerechtigkeit gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen und diese zu politischen Mehrheiten organisieren - als Alternative zum Marktradikalismus. Wir sind bereit, dafür in den Konflikt mit starken, vor allem finanzstarken Interessen zu gehen. Denn wir sind als SPD immer die Partei des Gemeinwohls gewesen. Und das werden wir auch bleiben!

Für uns steht fest, dass Politik demokratischer Gestaltung bedarf und nicht der Markt regiert. Die Regierung Merkel hat diesen Anspruch aus der Hand gegeben. In den vergangenen Jahren wurde der Glaube an die Rationalität und Effektivität freier Märkte widerlegt, aber gleichzeitig das Vertrauen in die politische Gestaltung erschüttert.

Es geht daher darum, die Demokratie zu stärken und demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung wieder eindeutig über einen entfesselten, zunehmend bedingungslos erscheinenden und alles durchdringenden Kapitalismus zu stellen. Ziel der Politik in Deutschland muss ein gerechter Fortschritt sein, an dem alle teilhaben, nicht mehr die Durchsetzung von einzelnen, starken Lobbyinteressen.

Im Mittelpunkt der Politik steht der Mensch. Wir wollen Bedingungen für ein besseres Leben für alle schaffen: mit guter Gesundheit, kostenloser und guter Bildung, Chancen auf gute Arbeit, die auch gut bezahlt ist, Erleichterungen für Familien und die Möglichkeit, in Würde alt zu werden.

GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER EUROPA

werden. Deshalb brauchen wir eine schärfere Regulierung hochspekulativer Produkte wie z.B. Derivate, höhere Eigenkapitalquoten der Banken, eine echte europäische Bankenaufsicht, ein spezielles Insolvenzrecht für alle Finanzmarktakteure.

- eine europaweite Finanztransaktionssteuer eingeführt wird. Auf diese Weise kann der Finanzsektor an den Kosten der Finanz- und Eurokrise beteiligt werden. Mit den Erträgen dieser Steuer wollen wir Wachstumsimpulse vor allem in den Krisenstaaten finanzieren (Marshall-Plan). Denn eine strikte Schuldentilgung allein würgt die Wirtschaft ab und verschlimmert die Situation.

- eine europäische Ratingagentur aufzubauen wird. Damit die Schiedsrichter nicht auch Mitspieler sind, muss diese Ratingagentur in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft liegen.

Um Europa langfristig als erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialraum und eine starke politische Kraft in der globalen Welt von heute zu etablieren, setzen wir uns ein für:

- eine Europäische Wirtschaftsregierung. Zu einer Währungsunion gehört eine europaweit abgestimmte Wirtschaftspolitik. Sie muss dafür sorgen, dass Europa wirtschaftlich nicht auseinanderdriftet, sondern gemeinsam wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erreicht.

- eine Europäische Sozialunion, in der soziale Mindeststandards und weiterführende Ziele verbindlich vereinbart werden. Das gilt zum Beispiel für Löhne, Sozialleistungen, Arbeitsbedingungen, Unternehmenssteuern und Ausgaben für Bildung. Denn wir wollen gemeinsam stärker werden. Dazu dürfen wir uns nicht gegenseitig durch immer niedrigere soziale Standards schwächen.

- ein demokratischeres Europa. Langfristig streben wir auf europäischer Ebene eine Regierung an, die vom direkt gewählten Europäischen Parlament eingesetzt und voll kontrolliert wird. Basis hierfür muss eine europäische Verfassung sein. Zur nächsten Europawahl 2014 soll ein gemeinsamer Spitzenkandidat aller sozialdemokratischen Parteien Europas für das Amt des/der Kommissionspräsidenten/in antreten.

- ein Europa, das seine Verantwortung für die Welt aktiv und gemeinsam wahrnimmt, indem es für Frieden, soziale Gerechtigkeit und eine gesunde Umwelt weltweit eintritt. Als Ausdruck dieser gemeinsamen Verantwortung setzen wir uns auch für einen ständigen Sitz der EU im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein.

- eine Europäische Union, die offen für neue Mitglieder bleibt. Wir wollen die europäische Erweiterungspolitik als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen.

Europa steht vor einer historischen Entscheidung: Setzen wir die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung fort – oder kehren wir zurück zur Kleinstaaterei? Die SPD sieht die aktuelle Krise als Chance, die politische Einigung Europas auszubauen, um die Handlungsfähigkeit Europas zu stärken. Dazu gehört, wirtschafts- und finanzpolitisch enger zusammenzuarbeiten und die demokratische Legitimation zu erhöhen.

Denn gemeinsam sind wir stärker. Unseren Lebensstandard, unsere Werte und unsere Kultur können wir Deutsche in der globalisierten Welt nicht alleine aufrecht erhalten. Wir brauchen Verbündete, um eine sozialere, menschlichere, umweltfreundlichere Form des Wirtschaftens und Zusammenlebens durchzusetzen.

Europa ist eine faszinierende, zukunftsweisende Idee. Wir müssen sie nur mit Leben füllen.

Um Europa erst einmal auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen, setzen wir uns dafür ein, dass:

- alle EU-Mitgliedstaaten ihre Haushalte konsolidieren müssen. Dazu gehört auch: die Bekämpfung von Korruption, Klientelpolitik, Steuerhinterziehung sowie die Abschaffung unnötiger Subventionen.

- Krisenstaaten, die den Rettungsschirm beanspruchen, ihre nationale Souveränität in der Stabilitäts- und Finanzpolitik teilweise aufgeben müssen.

- alle Gläubiger einen gerechten Anteil an der Schuldentilgung tragen. Denn es geht nicht, dass ihr Risiko von den Steuerzahlern getragen wird.

- die internationalen Finanzmärkte reguliert werden, damit die europäischen Staaten nie wieder erpressbar

MEHR DEMOKRATIE LEBEN *DEMOKRATIE*



Unser demokratisches System funktioniert. Seit über 60 Jahren im Westen, seit über 20 Jahren im Osten unseres Landes. Darauf können wir stolz sein, denn Demokratie ist nicht nur System. Sie ist vor allem Überzeugung. Das bedeutet jedoch, unser demokratisches System nicht nur zu verteidigen, sondern es dort weiterzuentwickeln, wo Defizite erkennbar sind, Teilhabe verloren geht und Akzeptanz schwindet. Demokratie bleibt nicht per Beschluss lebendig, sondern durch Reaktion, Integration und Fortschritt. Gebraucht werden mehr Demut vor dem Souverän und mehr Mut zur Veränderung.

Sinkende Wahlbeteiligung, der strukturelle Mitgliederverlust der Volksparteien und vor allem die zunehmende politische Abstinenz ganzer gesellschaftlicher Gruppen sind Entwicklungen, die wir wahrnehmen, aber bisher nur unzureichend beantworten. Seit Jahren muss ein schleicher Ausstieg aus dem politischen Diskurs konstatiert werden. Schaut man genauer hin, so steigen aber nicht nur Bürgerinnen und Bürger aus, sondern auch diejenigen, die sich im politischen System an verantwortlicher Stelle bewegen. „Basta“-Politik und angeblich „alternativlose“ politische Entscheidungen sind Symbole dafür.

Die Sozialdemokratie – auch aus eigener Betroffenheit was Wahlergebnisse, Organisations- und Mitgliederentwicklung angeht – macht sich auf die Suche nach den fehlenden Antworten.

Wir wollen

- die vor allem durch soziale Verwerfungen entstehende politische Abstinenz bekämpfen.
- dass politische Beteiligung mehr ist, als seine Stimme bei Wahlen abzugeben.
- unsere eigenen Türen öffnen.

Mit unserer eigenen Organisationsreform machen wir uns auf den Weg, die eigenen Mitglieder stärker einzubinden, Menschen außerhalb der SPD stärker anzusprechen und für die Teilhabe an Demokratie und Gesellschaft zu werben.

Wir tun dies in dem Anspruch, dass soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit zusammengehören und in Deutschland nicht getrennt voneinander funktionieren. Wer Demokratie leben will, muss faire Chancen für Alle ermöglichen.

Deshalb wollen wir

- weniger Rituale und mehr offene Kommunikation,
- ein selbstbewusstes Parlament,
- eine Regierung frei von Lobbyinteressen,
- mehr Bürgerbeteiligung bei Großprojekten,
- eine Redemokratisierung von öffentlicher und privater Wirtschaft,



- eine Regulierung der Finanzmärkte durch die Politik,
- die Wiederbelebung des Primates der Politik auf allen Ebenen.

Das wollen wir in allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen durch

- mehr Volksbefragungen,
- bessere Einsicht in politische Prozesse,
- frühe Beteiligung an öffentlichen Projekten,
- mehr Mitbestimmung in Betrieben und Schulen und
- einen Ausbau genossenschaftlicher Organisationsformen. Wir wollen den Trend umkehren, Leistungen der Daseinsvorsorge zu privatisieren und sie der demokratischen Kontrolle zu entziehen.

Die Einführung direktdemokratischer Elemente auf Bundesebene ist dabei ein wichtiges Instrument, um eine neue Haltung in der Politik zu etablieren. Nicht erst das Erstarken der Piratenpartei ist Zeugnis für das Bedürfnis nach Erklärung, Transparenz und Partizipation. Politik muss die alten Möglichkeiten von Demokratie nutzen und sich wagen, neue zu schaffen, um Beteiligung an gesellschaftlichen Debatten zu erleichtern und vor allem, um ihre Vorhaben zu erklären. Es geht nicht um die Aufgabe von Kompetenz, sondern um die Einbindung aller Kompetenzen, die der Souverän zu bieten hat. Es geht darum, den Bundestag zum zentralen Ort der gesellschaftlichen Diskussion und Partizipation zu machen. Wir können auf keine Stimme in der Demokratie verzichten, weil wir die Demokratie damit am Ende selbst verzichtbar machen.

Direkte Demokratie wird auf Bundesebene genauso schlecht und genauso gut funktionieren wie in denjenigen Bundesländern, die über diesen Weg bereits heute mehr Beteiligung ermöglichen. Das sind übrigens längst nicht alle. Direkte Demokratie darf nicht abhängig von den Themen sein, um die es geht und schon gar nicht von den Entscheidungen zu einzelnen Themen, die man glaubt erwarten zu können. Und das „Für“ oder „Wider“ direkter Demokratie darf nicht davon abhängig sein, ob man selbst gerade Regierungspartei ist oder in der Opposition sitzt. Gemeinsam mit den Grünen hat die Regierungspartei SPD 2002 einen Vorstoß im Deutschen Bundestag für mehr direkte Demokratie gewagt. Daran will die SPD jetzt anschließen.

DIE MODERNSTE PARTEI EUROPAS WERDEN ORGANISATIONS- POLITISCHES GRUNDSATZ- PROGRAMM



Seit fast 150 Jahren strebt die Sozialdemokratie danach, die Gesellschaft zum Besseren zu verändern. Und auch sich selbst. Unsere Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind zeitlos. Aber die Art und Weise, wie wir als Partei diese Werte umsetzen, ist es nicht. Sie muss sich den gesellschaftlichen Realitäten anpassen.

Die SPD war immer eine progressive Partei. Das musste sie auch sein, weil sie wie keine andere Partei die Verhältnisse ändern wollte. Aber das bedeutet eben, nicht nur die richtigen Ideen zu haben. Sondern auch so schlagkräftig wie möglich zu sein, um möglichst viel zu erreichen.

Durch das organisationspolitische Grundsatzprogramm werden die Rechte der Mitglieder in beispielloser Weise gestärkt. Wir wollen zudem weiblicher werden und offener für Menschen mit Migrationshintergrund. Und wir wollen diejenigen mehr einbeziehen, die nicht sofort Mitglieder werden wollen, sich aber dennoch für unsere Ziele engagieren.

Auf diese Weise wollen wir die modernste Partei Europas werden.

Die Mitglieder der SPD erhalten so viel Mitsprache wie noch nie zuvor:

- Bei der Aufstellung von Kandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate sollen die Mitglieder grundsätzlich beteiligt werden. Das gilt auch bei der Wahl der Vorsitzenden.
- Dafür, dass alle Mitglieder einer Gliederung beteiligt werden, reicht ein Antrag von mindestens 10 Prozent der Mitglieder dieser Gliederung.
- Wie die Mitglieder beteiligt werden – z.B. durch Mitgliederversammlungen, Vorwahlen oder Briefwahlen – entscheidet die jeweils zuständige Gliederung.
- Die Mitglieder können künftig auf allen Gliederungsebenen Sachentscheide durchführen.
- Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheide werden erleichtert. Das Quorum wird gesenkt. Der Mehrheits-Entscheid ist bereits erfolgreich, wenn sich mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten beteiligt hat (bisher musste ein Drittel der Mitglieder zustimmen).
- Um die Beteiligung bei einem geplanten Entscheid zu erhöhen, werden alle Mitglieder über das sozialdemokratische Magazin Vorwärts informiert.
- Mitgliederbegehren sollen online möglich sein, sobald die rechtlichen und technischen Voraussetzungen geschaffen sind.
- Bei Mitgliederentscheiden ist Briefwahl möglich.



Die Arbeitsgemeinschaften werden durch Themenforen ergänzt. Ihr Einfluss auf die Bundespolitik steigt:

- Die Themenforen und Arbeitskreise auf Parteivorstandsebene erhalten Rede- und Antragsrecht auf dem Bundesparteitag.
- Alle Themenforen des Parteivorstands und alle Arbeitsgemeinschaften stellen beratende Delegierte auf dem Bundesparteitag.
- Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) erhält Rede- und Antragsrecht auf den Parteitag.

Der Anreiz für Nichtmitglieder (Unterstützer/innen), bei der SPD mitzuwirken, wird erhöht:

- Nichtmitglieder können in den Arbeitsgemeinschaften und Themenforen volle Mitgliedsrechte erhalten.
- Bei der Berechnung von Delegiertenmandaten in den Arbeitsgemeinschaften werden Unterstützer/innen berücksichtigt.
- Bei der Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate können die Gliederungen wie bisher Nichtmitglieder beteiligen, wenn es mindestens zwei Kandidat/innen gibt.

Die Parteigremien werden so umgebaut, dass vor allem die Basis mehr Einfluss erhält.

- Der Parteivorstand wird von 45 auf 35 Mitglieder verkleinert. Das Präsidium wird abgeschafft. Der Parteivorstand wird damit als Führungsgremium der SPD gestärkt. Er tagt alle zwei Wochen.

■ Es wird ein Parteikonvent mit 200 Delegierten eingeführt, der an die Stelle des bisherigen Parteirates tritt. Der Parteikonvent hat den Charakter eines „kleinen Parteitages“. Er wird das wichtigste Parteigremium zwischen den ordentlichen Bundesparteitagen und hat im Gegensatz zum heutigen Parteirat echte Entscheidungskompetenzen.

■ Zusätzlich tagt einmal im Jahr eine Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden.

■ Um die Gliederungen zu stärken, wird der Bundesparteitag vergrößert. Statt 480 Delegierte sollen ihm 600 angehören.

Wir wollen mehr um diejenigen Bürgerinnen und Bürger werben, die sich für Politik nicht mehr zu interessieren scheinen:

■ Sogenannte Vertrauensleute sollen in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Sie sollen herausfinden, wo der Schuh drückt, Interesse für Politik fördern und zum Mitmachen motivieren.

■ Die Vertrauensleute werden geschult.

FAMILIENLAND DEUTSCHLAND *KINDER UND FAMILIE*



Familie heute ist bunt. Ob Paare mit oder ohne Kinder und Trauschein, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien oder Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Angehörigen sorgen: Sie alle stehen im Zentrum unserer Gesellschaft, übernehmen Verantwortung für einander und finanzieren entscheidend unsere sozialen Sicherungssysteme.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen mit unserer Familienpolitik sie alle erreichen – vom Kind bis zu den Seniorinnen und Senioren. Wir wollen ihnen die Unterstützung geben, die sie brauchen. Alle Kinder sollen gesund, materiell abgesichert und mit gleichen Teilhabechancen aufwachsen können. Wir dürfen kein Kind zurücklassen.

Sozialdemokratische Familienpolitik umfasst so auch ein ganzes Themenbündel, zu dem Bildung und Betreuung ebenso gehören wie Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik, Gleichstellung und Pflege. Menschen sollen ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe verwirklichen können. Dabei wollen wir sie unterstützen:

- Damit Frauen und Männer Familienarbeit und Berufstätigkeit partnerschaftlich vereinbaren können, brauchen sie bessere Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft.
- Um bessere Bildungschancen für alle Kinder zu erreichen, werden wir mehr Geld in eine qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur investieren.
- Auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie die bessere Unterstützung von Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörigen nehmen wir in den Blick.
- Die finanzielle Förderung von Familien soll gerechter werden. Wir wollen insbesondere Familien mit geringem Einkommen stärker unterstützen.



Damit Deutschland familienfreundlicher wird, wollen wir folgende konkrete Maßnahmen in die Tat umsetzen.

Wir wollen:

- den Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote in Kitas und Schulen stufenweise bis 2020 verwirklichen.
- gute Arbeit, damit Eltern für ihre Familien sorgen können. Dafür brauchen wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro und ein Gesetz für Entgeltgleichheit. Denn immer noch verdienen Frauen rund ein Viertel weniger als Männer. Anstelle des Ehegattensplittings wollen wir eine Individualbesteuerung von Ehegatten einführen, die für künftige Ehen ab einem Stichtag gilt und bei der die gegenseitigen Unterhaltspflichten berücksichtigt werden.
- die Arbeitswelt familienfreundlicher gestalten und Eltern, die wegen ihrer Kinder Teilzeit arbeiten, besser fördern. Väter und Mütter sollen nicht nur sieben sondern in Zukunft 14 Monate gleichzeitig Teilzeit arbeiten und Elterngeld beziehen können. Und auch nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes sollen Eltern sich Beruf und Erziehung ohne große finanzielle Einbußen partnerschaftlich teilen können. Indem wir eine „große Familienteilzeit“ mit einem Lohnzuschuss über die Bundesagentur für Arbeit einführen.
- die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessern. Indem wir die zehntägige Auszeit vom Beruf für die Pflege von Angehörigen mit einer Lohnersatzleistung analog dem Kinderkrankengeld koppeln. Indem wir den Anspruch auf sechs Monate Freistellung von der Arbeit zu einem flexiblen 1000-Stunden-Budget mit Lohnersatzleistung weiterentwickeln, das in verschiedene Zeitabschnitte einteilbar ist und auch über

mehrere Jahre zeitlich gestreckt werden kann. Indem wir Angehörigen, die einen sterbenden Menschen begleiten, einen zusätzlichen Anspruch auf bezahlte Pflegezeit ermöglichen.

- den Familienleistungsausgleich gerecht umgestalten mit einem neuen und fairen Kindergeld. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass die Entlastung entlang des Einkommenssteuertarifs die staatlichen Leistungen für Kinder nach oben „veredelt“ und nach unten „verelendet“. Eltern von zwei Kindern, die weniger als 3.000 Euro brutto monatlich verdienen, sollen stärker unterstützt werden als Eltern mit hohem Einkommen. Dafür wollen wir das Kindergeld und den Kinderzuschlag zu einer Leistung verbinden.
- eine Kultur des Willkommens von Kindern in unserer Gesellschaft befördern.

MEHR INVESTIEREN UND BESSER FÖRDERN - GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE *BILDUNG UND INTEGRATION*



Herkunft darf kein Schicksal sein – das ist der Anspruch der SPD seit ihrer Gründung. Damit verbindet sich die Überzeugung, dass jeder Mensch in unserer Gesellschaft die gleiche Würde und den gleichen Wert hat. Zentrale Voraussetzung dafür ist ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem, das Allen die gleichen Möglichkeiten bietet, ihren Lebensweg selbst zu gestalten.

Doch die Realität in Deutschland sieht anders aus. In kaum einem anderen Industrieland hängt der Grad der Ausbildung so sehr mit der Herkunft zusammen. Das liegt an falschen Prioritäten und daran, dass ausgerechnet unser Land weniger Geld für Bildung ausgibt als der Durchschnitt der anderen OECD-Länder. Dabei ist Bildung die wesentliche Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg unseres rohstoffarmen Landes.

Deshalb wollen wir die Ausgaben für Bildung von heute 4,8 % des Bruttoinlandsprodukts auf mindestens 7 % erhöhen.

Das ist auch deshalb notwendig, damit Einwandererfamilien bessere Chancen haben. Wir betrachten die kulturelle Vielfalt als bereichernd für unser Land und wollen sie entsprechend fördern. Das gilt auch für unsere Partei. Die SPD muss vielfältiger und bunter werden, um auch zukünftig ihrem Anspruch als Volkspartei gerecht werden zu können.

Wohlstand können wir nur durch ein hohes Bildungsniveau erreichen. Deshalb wollen wir:

- die Investition in Bildung erheblich ausbauen. Bund und Länder sollen gemeinsam pro Jahr 20 Milliarden Euro mehr für Bildung ausgeben als heute. Davon sollen Bund und Länder jeweils die Hälfte übernehmen.
- das Kooperationsverbot in der Verfassung aufheben. Ein neuer Grundgesetzartikel 104c soll ermöglichen, dass der Bund die Länder dauerhaft finanziell unterstützt, ohne die Bildungshoheit der Länder einzuschränken. Um die Gleichbehandlung aller Länder sicherzustellen, sollen die Länder die Finanzhilfen einstimmig beschließen.



Wir wollen ein flächendeckendes Ganztagsangebot von guter Qualität im Schul- und Kita-Bereich aufbauen. Um für alle Kinder von früh auf eine gute Betreuung und Förderung zu gewährleisten, streben wir an:

- einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag.
- diesen Rechtsanspruch ab 2020 auf Ganztagsbetreuung auszuweiten. Für Alleinerziehende, die darauf besonders angewiesen sind, ab 2013.
- eine durchgängige Sprachförderung. Deutsch soll dabei durch muttersprachliche Angebote ergänzt werden.
- eine breit angelegte Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher und die Aufwertung der Erzieherausbildung. Dabei muss interkulturelle Kompetenz ein zentrales Element der Lehrer- und Erzieherausbildung werden. Wir brauchen auch mehr pädagogisches Personal mit Migrationshintergrund.
- die schrittweise Einführung der Beitragsfreiheit von Kitas. In den SPD regierten Ländern Rheinland-Pfalz und Berlin sind die Beiträge ab dem 3. Lebensjahr schon lange abgeschafft.

Um die schulischen und beruflichen Chancen zu verbessern, schlagen wir vor:

- eine Ausbildungsgarantie für alle, die sich ernsthaft um eine Ausbildung bemühen. Dazu gehört, dass alle Schulen im Vorfeld eine Berufseinstiegsbegleitung anbieten.
- das Schüler-BAföG zu stärken. Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab der 11. Klasse finanziell unterstützt werden.
- dass die Schulabschlüsse bundesweit vergleichbarer werden. Ein Zentralabitur lehnen wir aber ab.

Wir wollen die kommunale Verantwortung im Bildungsbereich ausbauen und stärken. Wir werden uns dafür einsetzen, „Lokale Bündnisse für Integration und sozialen Zusammenhalt“ zu schaffen.

Wir wollen, dass Dienstleistungen für alle Menschen gleichermaßen zugänglich sind, unabhängig von kultureller Herkunft, sprachlichen Fähigkeiten oder körperlichen Einschränkungen.

DEN WERT DER ARBEIT UND DIE LEBENSQUALITÄT IM ALTER ERHÖHEN ARBEIT UND ALTERSSICHERUNG



Die SPD ist die Partei der Arbeit. Arbeit ist die Grundlage für Zufriedenheit und Selbstwert, für innere Würde und für den Anspruch, von anderen anständig behandelt zu werden. Und sie integriert in die Gesellschaft.

Wir setzen deshalb auf das Leitbild der „Guten Arbeit“. Arbeit, für die es einen gerechten Lohn gibt, von der man anständig leben kann, die Sicherheit bietet, gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Faire Arbeitsbedingungen, die so flexibel sind, dass sich Arbeit, Familie und Freizeit so gut wie möglich vereinbaren lassen. Gleiche Aufstiegschancen für Männer und Frauen.

Wir Sozialdemokraten wollen der Arbeit ihren Wert zurückgeben. Dazu gehört, dass lebenslange Arbeit zu einer anständigen Rente führt. Und wer krank wird oder keine Arbeit findet, darf im Alter nicht zusätzlich dadurch bestraft werden, dass das Rentenalter angehoben wird.

Wir wollen einen guten Arbeitsmarkt:

- ohne Armutslöhne. Das wollen wir erreichen, indem wir den Missbrauch von Minijobs und von Leiharbeit durch Arbeitgeber beenden. Und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zunächst mindestens 8,50 € einführen.
- auf dem unbefristete Beschäftigungsverhältnisse der Normalfall sind. Indem wir zum Beispiel die sachgrundlose Befristung abschaffen.
- auf dem die Beschäftigten einen fairen Anteil am Gewinn ihres Unternehmens haben. Indem wir die Tarifbindung und die Bedeutung des Flächentarifvertrages stärken.
- auf dem Frauen für gleiche Arbeit so viel verdienen wie Männer. Indem wir ein Entgeltgleichheitsgesetz verabschieden, das ungleiche Bezahlung untersagt.
- auf dem gut ausgebildete Fachkräfte die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges bleiben. Indem wir mehr in die Qualifizierung und Weiterbildung investieren.
- auf dem wir die Erfahrung und Motivation unserer Beschäftigten besser nutzen. Indem wir die Mitbestimmung in den Betrieben ausbauen.



Wir setzen uns für ein besseres Gleichgewicht von Arbeit, Familie und Freizeit ein,

- indem die Beschäftigten ihre Zeit selbstständig besser einteilen können, zum Beispiel durch Arbeitszeitkonten.
- indem es leichter wird, von Vollzeit- auf Teilzeitarbeit zu wechseln und wieder zurück. Durch einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstieg in Vollzeit.
- indem Frauen bei gleicher Qualifikation die gleichen Aufstiegschancen haben.
- indem wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung entwickeln, die nicht nur Arbeitslose vermittelt, sondern die auch Beschäftigte und Selbstständige weiterbildet und qualifiziert, um Arbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen.

Wir setzen uns dafür ein, den Lebensstandard im Alter zu verbessern, indem wir

- die 2012 beginnende Rente mit 67 aussetzen. Weil die Chancen für Ältere auf einen Arbeitsplatz immer noch zu gering sind.
- den Übergang in die Rente flexibler gestalten, auch durch die Kombination von Teilzeitarbeit und Teilrente ab dem 60. Lebensjahr. Weil starre Regeln nicht der persönlichen Leistungsfähigkeit der Menschen gerecht werden.
- die Leistungen für Rehabilitation und Erwerbsminderungsrente erhöhen. Weil Krankheiten und Unfälle nicht automatisch zu Armut führen dürfen.
- Zeiten geringen Verdienstes sowie der Arbeitslosigkeit bei der Berechnung der Rente höher bewerten. Weil im Alter niemand nach einem langen Erwerbsleben auf Grundsicherung angewiesen sein soll.
- alle Erwerbstätigen in der Rentenversicherung versichern. Weil die Rente sicherer ist, wenn alle einzahlen.

SCHULDENABBAU, INVESTITION IN BILDUNG UND SOZIALER ZUSAMMENHALT WIRTSCHAFT UND FINANZEN



Deutschland ist ein solidarisches Land, in dem der soziale Zusammenhalt, die soziale Sicherheit und die Sozialpartnerschaft wesentliche Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolges sind.

Deutschland ist besser durch die Weltwirtschaftskrise gekommen als die meisten anderen Länder. Doch immer mehr Menschen werden vom Wohlstand abgekoppelt. Zwar sinkt die Arbeitslosigkeit, aber die Zahl der schlecht bezahlten, unsicheren Arbeitsplätze steigt.

Die Politik läuft Gefahr, immer weniger demokratisch gestalten zu können. Denn um die Krise zu bewältigen, die durch den Marktradikalismus verursacht wurde, wurden Schulden gemacht, die den Gestaltungsspielraum verengen.

Wir fordern, dass wirtschaftlicher und technischer Fortschritt allen Menschen zu Gute kommt. Wir wollen deshalb Schulden abbauen, Steuern gerecht gestalten und in Bildung und Kommunen investieren.

Dafür müssen wir erstens die Finanzmärkte konsequent regulieren.

Deshalb wollen wir:

- eine Spekulationssteuer (Finanztransaktionssteuer) mindestens im Euroraum einführen.
- bestimmte hochspekulative Geschäfte verbieten.
- eine schlagkräftige europäische Aufsicht für Banken, Versicherungen und Wertpapiere aufbauen.
- einen Finanz-TÜV einführen.
- die Ratingagenturen effektiver beaufsichtigen und eine europäische Ratingagentur schaffen.

Um nachfolgende Generationen zu entlasten, planen wir zweitens die Schulden abzubauen.

Deshalb wollen wir:

- die konjunkturellen Steuernehreinnahmen dafür verwenden, die Neuverschuldung zu senken. Wir machen keine Steuersenkungsversprechen, für die neue Schulden aufgenommen werden müssten.
- unnötige und ökologisch nachteilige Subventionen abbauen. Wir streben an, selektive Steuerbegünstigungen abzubauen, wenn sie nicht zielgerichtet sind, sie keine sozialen Nachteile ausgleichen oder sogar gesellschaftlich unerwünschtes Verhalten fördern. Insgesamt sparen wir dabei knapp 15 Mrd. € gesamtstaatlich ein, davon 9 Mrd. beim Bund.



Um mehr in Bildung und Kommunen zu investieren, werden wir drittens mehr Steuergerechtigkeit wagen. Wir wollen die niedrige durchschnittliche Steuerquote von ca. 23% moderat erhöhen. Es ist notwendig und gerecht, dass die Bezieher höherer Einkommen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

Deshalb wollen wir:

- eine Reform der Vermögensbesteuerung und der Abgeltungsteuer.
- eine Erhöhung der Einkommensteuer ab einem jährlichen Einkommen von 100.000 €.
- die Einführung einer Spekulationssteuer (Finanztransaktionssteuer).

Mit dem wiedergewonnenen Gestaltungsspielraum wollen wir die Bedingungen verbessern, um für alle ein gutes Leben zu ermöglichen.

An erster Stelle steht, mehr Geld in Bildung zu investieren, da mit guter Bildung der Grundstein für eine gute Zukunft gelegt wird.

Deshalb wollen wir:

- dass der Bund ab 2016 jedes Jahr zusätzlich 10 Mrd. Euro an Bundesmitteln bereitstellt. Das Geld dafür wird durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und den Abbau unnötiger Subventionen gedeckt.
- den Ländern und Gemeinden helfen, die Kindertagesstätten gebührenfrei zu machen, die Studiengebühren abzuschaffen, flächendeckend Ganztagschulen anzubieten und die Schulen und Universitäten zu modernisieren. Dafür planen wir, das Kooperationsverbot aufzuheben, das verhindert, dass der Bund Geld für Bildung bereitstellen kann, wenn dies im Verantwortungsbereich der Länder liegt.
- Investitionen gezielt anreizen und die innovative Forschung kleiner und mittlerer Betriebe steuerlich fördern.

Um die Lebensqualität für alle zu steigern, sollen in einem zweiten Schritt die Städte und Gemeinden mehr Geld für Soziales und Kultur zur Verfügung haben. Deshalb wollen wir, dass sie ab 2016 zusätzlich zur Übernahme der Grundschülerkosten jährlich rund 4 Mrd. € mehr erhalten.

Für uns gilt der Grundsatz: Zukunftsfähige Politik vereint immer beides - wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit. Das eine ist nicht ohne das andere zu haben. Der gestaltende und intakte Sozialstaat schafft die Voraussetzung für Wohlstand und ein zukunftsfähiges Land. Aus diesen Gründen hat die SPD das Leitbild von Fortschritt und Gerechtigkeit.

SOLIDARISCH, GERECHT UND LEISTUNGSFÄHIG GESUNDHEIT UND PFLEGE



Unser Gesundheitssystem ist immer noch eines der besten der Welt. Aber wir müssen gegen eine zunehmende Zwei-Klassen-Medizin vorgehen: Es soll nicht länger von der Versicherungskarte (privat oder gesetzlich) abhängen, wie jemand behandelt wird.

Deshalb wollen wir die Bürgerversicherung. Sie gewährleistet Gleichbehandlung und verhindert massiven Kostenanstieg für Gesetzlich- und Privatversicherte. Unser Konzept ist im besten Sinne des Wortes sozialdemokratisch: Solidarisch, gerecht und leistungsfähig. Als Partei der Arbeit entlasten wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das erreichen wir, indem wir die Arbeitgeber wieder zur Hälfte an den Kosten des Gesundheitssystems beteiligen.

Für die Pflege gelten die gleichen Prinzipien. Auch für sie streben wir eine Bürgerversicherung an, deren Kosten Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen tragen. Zudem soll Pflege durch Angehörige und professionelle Helfer aufgewertet und prekäre Beschäftigung zurückgedrängt werden.

Bürgerversicherung im Gesundheitssystem bedeutet:

- Es gibt nur noch ein Versicherungssystem für alle Bürgerinnen und Bürger: Die Bürgerversicherung. Auch die privaten Versicherungsunternehmen können sie anbieten. Damit beenden wir die Bevorzugung von Privatversicherten und sorgen dafür, dass allein die Krankheit dafür ausschlaggebend ist, wie und wann jemand behandelt wird. Und wir schützen die Privatversicherten vor massivem Beitragsanstieg, weil es zukünftig keine überhöhte Abrechnung für Behandlungen gibt.
- Die Arbeitnehmer werden um fünf Milliarden Euro entlastet. Die Arbeitnehmerbeiträge sinken. Das erreichen wir dadurch, dass die Arbeitgeber wieder 50:50 zum Gesundheitssystem beitragen. Aber nur diejenigen Arbeitgeber müssen mehr zahlen, die besonders hohe Löhne zahlen und Boni, wie zum Beispiel Banken und Versicherungen.
- Ein unbürokratisches System. Die Sonder- und Zusatzbeiträge entfallen. Außerdem wird es mit uns keine aufwendige Erhebung von Beiträgen auf Mieten und Vermögen geben. Das würde viele Arbeitnehmerfamilien und Kleinunternehmer belasten - und das wollen wir als Partei der Arbeit nicht.
- Weniger Verschwendung, indem zielgerichtete Behandlung gefördert und Doppeluntersuchungen vermieden werden. Dazu wollen wir die hausärztliche Versorgung stärken und erreichen, dass ambulante und stationäre Einrichtungen besser zusammenarbeiten.
- Ausbau der Prävention. Ein Präventionsfonds soll Gesundheitsvorsorge im Wohnumfeld, am Arbeitsplatz und in den Schulen voranbringen.



■ **Bessere Landarztversorgung.** Ein neues Vertragsarztrecht soll helfen, Anreize für die Niederlassung in Gebieten mit schlechterer Versorgung zu schaffen. Vor allem die Bürgerversicherung hilft dabei, weil Honoraranreize der Privaten Krankenversicherung in großen Städten entfallen.

Mit einer umfassenden Pflegereform wollen wir allen Menschen ermöglichen, selbstbestimmt und in Würde zu altern. Dazu gehört:

■ die Pflegebedürftigkeit neu zu definieren, die bislang zu stark auf körperliche Einschränkungen ausgerichtet ist. Demenz muss eine wesentlich größere Rolle spielen.

■ die pflegenden Angehörigen besser zu unterstützen. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine flexible Pflegezeit schaffen. Pflegebedürftige können ein Budget von 1000 Stunden auf pflegende Angehörige verteilen. Diese bekommen dafür eine Lohnersatzleistung. Damit wird der Verdienstausfall von berufstätigen Pflegenden bis zu einer bestimmten Höhe ersetzt. Ähnlich wie beim Elterngeld.

■ die Arbeit in der Pflege besser zu bezahlen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG

04.12.

10:00 HELMUT SCHMIDT
„HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN DER DEMOKRATIEN IN EUROPA
UND DEUTSCHLAND“

11:00 HANNELORE KRAFT
ERÖFFNUNG UND KONSTITUIERUNG DES PARTEITAGES

11:30 JENS STOLTENBERG, MINISTERPRÄSIDENT VON NORWEGEN
ERÖFFNUNGSREDE DES PARTEITAGES

BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION
OLAF SCHOLZ

LEITANTRAG EUROPA
EINBRINGUNG: FRANK-WALTER STEINMEIER
REDE: MARTIN SCHULZ
BERATUNG UND BESCHLUSS

LEITANTRAG DEMOKRATIE
EINBRINGUNG: HEIKO MAAS
BERATUNG UND BESCHLUSS

ORGANISATIONSPOLITISCHES GRUNDSATZPROGRAMM
SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE
EINBRINGUNG: ANDREA NAHLES
BERATUNG UND BESCHLUSS

ANTRAGSBERATUNG

22:00 UNTERBRECHUNG DES PARTEITAGES

05.12.

08:30 RECHENSCHAFTSBERICHT DER SCHATZMEISTERIN BARBARA HENDRICKS

WEITERE RECHENSCHAFTSBERICHTE
BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION
BERICHT DER MANDATSPRÜF- UND ZÄHLKOMMISSION

09:00 REDE DES PARTEIVORSITZENDEN SIGMAR GABRIEL
AUSSPRACHE

WAHLEN
WAHL DER/DES PARTEIVORSITZENDEN
WAHLEN DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

REDE DER GENERALEKRETÄRIN ANDREA NAHLES

FORTSETZUNG WAHLEN
WAHL DER/DES GENERALEKRETÄRIN/GENERALEKRETÄRS
WAHL DER/DES SCHATZMEISTERIN/SCHATZMEISTERS
WAHL DER/DES VERANTWORTLICHEN FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION
WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES

LEITANTRAG KINDER UND FAMILIE

EINBRINGUNG: MANUELA SCHWESIG
BERATUNG UND BESCHLUSS

LEITANTRAG BILDUNG UND INTEGRATION

EINBRINGUNG: KLAUS WOWEREIT
REDE: HANNELORE KRAFT
BERATUNG UND BESCHLUSS

LEITANTRAG ARBEIT UND ALTERSSICHERUNG

EINBRINGUNG: KURT BECK
REDE: OLAF SCHOLZ
BERATUNG UND BESCHLUSS

ANSCHLIESSEND

PARTEIABEND IM ESTREL HOTEL BERLIN-NEUKÖLLN

06.12.

09:00 WAHL DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION UND KONTROLLKOMMISSION

LEITANTRAG WIRTSCHAFT UND FINANZEN

EINBRINGUNG: PEER STEINBRÜCK
BERATUNG UND BESCHLUSS

LEITANTRAG BÜRGERVERSICHERUNG

EINBRINGUNG: ANDREA NAHLES
REDE: KARL LAUTERBACH
BERATUNG UND BESCHLUSS

ANTRAGSBERATUNG

VERLEIHUNG WILHELM-DRÖSCHER-PREIS

16:00 ENDE

DAS RAHMEN-PROGRAMM

INFORMATIONEN ZUR ANMELDUNG, ANREISE UND ZUM TAGUNGSSORT



DER BUNDESPARTEITAG IST ORT POLITISCHER ENTSCHEIDUNGEN. SIE STEHEN IM MITTELPUNKT. EIN PARTEITAG IST ABER AUCH TREFFPUNKT VON GLEICHGESINNTEN UND GIBT RAUM, UM SICH AUSZUTAUSCHEN. DESHALB BIETEN WIR EIN VIELFÄLTIGES RAHMENPROGRAMM AN.

SAMSTAG, 3. DEZEMBER 2011

Schon am Samstag, 3. Dezember wollen wir diejenigen begrüßen, die zum Parteitag anreisen. Das Besucherforum des Willy-Brandt-Hauses ist ab 12.00 Uhr für Delegierte und Gäste geöffnet. Sie können sich akkreditieren, Informationen zum Bundesparteitag erhalten und finden Raum für Gespräche und Diskussionen.

UM 14:30 UHR

lädt die SPD Delegierte und Gäste zur Internationalen Konferenz ins Willy-Brandt-Haus ein. Im Mittelpunkt der Diskussionen mit hochrangigen internationalen Gästen stehen die Themen „Eine starke Sozialdemokratie für ein starkes Europa“ und „Fortschrittliche Politik für das 21. Jahrhundert“. Einlass ab 13:30 Uhr. Anmeldung unter: <https://anmeldung.spd.de/v/10207>

AB 15:00 UHR

finden die Vorbesprechungen der Gremien statt:

15:00 UHR Präsidium

16:00 UHR Parteivorstand

17:00 UHR Parteirat

UM 18:30 UHR

laden die Kirchen anlässlich des Parteitages zu einem ökumenischen Gottesdienst ein. **Einladung als PDF**

SONNTAG BIS DIENSTAG, 4. BIS 6. DEZEMBER 2011

In der STATION-Berlin heißen wir alle herzlich willkommen. Im Plenum finden die Reden und politischen Abstimmungen statt. In der „Halle für Alle“ gibt es ein breites Angebot zum Mitmachen, Bewegen und Mitreden: Es gibt 15-Minuten-Workshops zu den Themen des Parteitages; ein Experimentierstand für innovative Öffentlichkeitsarbeit; eine Ladestation für Akkus; eine gemütliche Ecke zum Lesen und Entspannen sowie regelmäßige Vorführungen des neuen SPD-Besucherfilms.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses geben Auskunft und stehen gerne für Gespräche bereit.

In den Hallen 1 und 3 laden die Bewerber des Wilhelm-Dröscher-Preises ein, sich über die Projekte zu informieren. Initiativen, Verbände und Unternehmen präsentieren ihre Arbeit und laden zum Gespräch ein.

ANMELDUNG

bis Sonntag, 27. November 2011, 23:59 Uhr.

Online-Anmeldung mit persönlichem Passwort:

Gäste, die eine codierte Einladung erhalten haben, folgen bitte diesem Link: <https://anmeldung.spd.de> oder nutzen die entsprechenden Rückmelde links in der E-Mail. Gäste ohne persönliche Einladung können sich unter <https://anmeldung.spd.de/v/bpt2011> anmelden.

Oder: beiliegenden Antwortbogen bitte umgehend zurücksenden per Fax: (030) 2 59 91-410 oder an SPD-Parteivorstand, 10911 Berlin.

Pressevertreter können sich unter

www.presseservice.spd.de/anmeldung/ akkreditieren.

TAGUNGSSORT

STATION-Berlin, Luckenwalder Straße 4–6, 10963 Berlin. Weitere Informationen unter www.station-berlin.com

AKKREDITIERUNG

Vorab-Akkreditierung im Willy-Brandt-Haus:

Am Samstag, 3. Dezember, von 12:00 bis 18:00 Uhr

können Delegierte und Gäste vorab im Willy-Brandt-Haus akkreditiert werden.

In der STATION-Berlin befindet sich die Akkreditierung in der Halle 1 und ist ab Sonntag möglich. Bitte Ausschilderung beachten. Die Empfangsschalter sind: **Sonntag, 4. Dezember 2011 von 08:00 bis 20:00 Uhr, Montag, 5. Dezember 2011 von 7:30 bis 21:00 Uhr und Dienstag, 6. Dezember 2011 von 7:30 bis 16:00 Uhr** geöffnet.

DER PARTEIABEND

findet am Montag, 5. Dezember, im Estrel Hotel Berlin,

Sonnenallee 22, 12057 Berlin-Neukölln statt. Die Karten zum Parteiabend sind limitiert und können im Vorfeld nicht reserviert werden. Die Karten können während des Parteitages am Informationsschalter auf dem Parteitagsgelände oder an der Abendkasse im Estrel Hotel Berlin gekauft werden. Ein regelmäßiger Bustransfer von der STATION-Berlin zum Estrel Hotel Berlin und zurück zum Potsdamer Platz ist eingerichtet.

INFORMATIONSSCHALTER

befindet sich in der Nähe des Eingangs der Halle 1. Bitte Ausschilderung beachten. Tel.: (030) 62 90 85-41, Fax: (030) 62 90 85-46. Auf dem Parteitagsgelände stehen Guides zur Verfügung, die gerne Auskunft geben.

PRESSEBÜRO DER SPD

befindet sich in der Nähe der Pressearbeitsplätze. Bitte Ausschilderung beachten. Tel.: (030) 62 90 85-42, Fax: (030) 62 90 85-48.

FUNDSACHEN

bitte am Informationsschalter abgeben.

ORDNERDIENST

ist an den Eingängen eingesetzt. Die Teilnehmerschein bitte während der Veranstaltung gut sichtbar tragen.

ERSTE HILFE

Sanitätsdienst und Notarzt befinden sich in der Nähe des Plenums. Bitte Ausschilderung beachten.

KINDERBETREUUNG

wird auf Nachfrage angeboten. Die Anmeldefrist läuft bis zum 25. November 2011. Anmeldungen werden unter bundesparteitag@spd.de angenommen.

HOTELRESERVIERUNG/FLUG- UND BAHNREISEN

können beim SPD-Reiseservice (SPD-ReiseService GmbH) angefragt werden. Ansprechpartnerin: Sonja Weirauch, Tel.: (030) 25 59 46 62, Fax: (030) 2559 46 69 E-Mail: s.weirauch@spd-reiseservice.de, Link: <https://www.spd-reiseservice.de/parteitag.php>

ANREISE

Die STATION-Berlin ist mit der U-Bahn von den Bahnhöfen „U-Gleisdreieck“ (200m) sowie „U-Möckernbrücke“ (500m) zu erreichen. Individuelle Anreiseinformationen und aktuelle Störungen der BVG sind unter: <http://www.fahrinfo-berlin.de/Fahrinfo/> abzurufen.

VOM FLUGHAFEN TEGEL:

Bus X9 (Richtung „S+U-Zoologischer Garten“) bis Haltestelle, „S+U-Zoologischer Garten“, dort U2 (Richtung „U-Pankow“) bis „U-Gleisdreieck“, Dauer ca. 30 min.

VOM FLUGHAFEN SCHÖNEFELD:

Bus X7 (Richtung „U-Rudow“) bis „U-Rudow“, dort U7 (Richtung „S+U-Rathaus Spandau“) bis „U-Möckernbrücke“, Dauer

insgesamt ca. 50 min.

VOM HAUPTBAHNHOF:

S-Bahn bis „S+U-Zoologischer Garten“, dort U2 (Richtung „U-Pankow“) bis „U-Gleisdreieck“, Dauer ca. 25 min.

PARKEN:

Das Parkhaus Gleisdreieck liegt am Schöneberger Ufer 5, 10963 Berlin. Es ist 200m entfernt und bietet Platz für 1000 Fahrzeuge und 13 Behindertenparkplätze. Eine Tageskarte kostet 10 €.

TAXIRUF:

Würfelfunk 0800-CABCALL, 0800-2222255 (gebührenfrei)

ASSISTENZBEDARF

Bitte informieren Sie uns spätestens bis zum Rückmeldeabschluss per Mail an: bundesparteitag@spd.de, wenn Sie Assistenzbedarf (z.B. Gebärdendolmetscher) haben. Die Räumlichkeiten sind für Mobilitätsbehinderte zugänglich.

SITZPLÄTZE

Die Anmeldebestätigung für Gäste und Pressevertreter beinhaltet keine Sitzplatzgarantie. Für Personen, die aus gesundheitlichen Gründen auf einen Sitzplatz angewiesen sind, gibt es einen separat ausgeschilderten Sitzbereich.

FRAGEN

beantworten wir gerne unter bundesparteitag@spd.de.

ZUGANG ZUM VERANSTALTUNGSORT IST NUR NACH ANMELDUNG UND MIT EINEM GÜLTIGEN LICHTBILDAUSWEIS MÖGLICH.



LAGEPLAN
STATION-Berlin

